

Jahrestagung kirchl. Erwachsenenbildung 2019

Bildung verknüpft: Digitalen Wandel verantwortungsvoll gestalten

Fr. 08.11.2019

Stellungnahme Brigitte Lösch

„Digitaler Bildung eine sinnstiftende Richtung geben“

Sehr geehrter Herr Dr. Schnabel,
Sehr geehrter Herr Koska,
Sehr geehrter Herr Staatssekretär Schebesta,
Herr OKR Schmidt,
sehr geehrte Gäste

Die Digitalisierung ist zum einen eine technologische Revolution, die unsere Art zu leben tiefgreifend verändert hat und auch weiter verändern wird. Sie ist hoch dynamisch und noch lange nicht abgeschlossen. Sie zwingt uns alle: Menschen, Unternehmen, Schulen und Verwaltungen dazu, sich zu verändern.

Deswegen ist für uns nicht die Frage, ob wir den digitalen Wandel gut oder bedrohlich finden. Die Frage für uns ist, ob wir Zuschauer des Prozesses sein wollen oder ob - und wie - wir digitalen Wandel und die Rahmenbedingungen der Digitalisierung aktiv gestalten wollen. Tun wir dies nicht, laufen wir Gefahr, verändert zu werden.

Klar ist: Ohne Daten und Informationen keine Digitalisierung. Digitalisierung bedeutet unter anderem, große Mengen an Daten zu erfassen, zu verarbeiten und neue Daten zu produzieren.

Die Kehrseite davon ist, die ‚Datafizierung‘ der Privatsphäre – der sog. "gläserne Mensch" wird mehr und mehr zur Realität.

Aber - Digitalisierung ist also mehr als ein Technikthema. Digitale Technologien und Algorithmen beeinflussen alle Lebensbereiche. Auf der einen Seite bieten sie Chancen wie z.B. Teilhabe und echter Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger; große Chancen für die baden-württembergische Wirtschaft; und eben auch große Potenziale für Gesundheit, Umwelt und Nachhaltigkeit. Aber keine Chancen ohne Risiko!

Nach einer Umfrage des Instituts dimap sorgen sich zwei Drittel der befragten Bürgerinnen in Baden-Württemberg, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhalt durch die Digitalisierung verschlechtern könnte, weil ein Großteil der Menschen mit der neuen digitalen Technik nicht mehr zurechtkommen könnte.

Die Sorgen und Zukunftsängste der Bürgerinnen und Bürger müssen wir ernst nehmen.

Deshalb gehört für mich sozusagen als Überbau der Digitalisierung auch das Thema **Datenschutz** dazu. Dieser soll Innovationen und neue Freiheitsräume ermöglichen, zugleich den Grundrechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger achten und Vertrauen in neue digitale Anwendungen und Dienstleistungen schaffen.

Dazu bedarf es Transparenz, Aufklärung, Wahlmöglichkeiten und flächendeckende Auskunftsrechte.

Deshalb kann auch die europäische Datenschutzgrundverordnung aus meiner Sicht auf dem Weg zu einer innovativen Datenpolitik einiges beitragen.

Auf jeden Fall brauchen wir einen eigenen europäischen Weg, der in eine andere Richtung weist als den Weg, den die USA oder China gerade gehen.

Wenn die technischen Standards in China gesetzt werden, wird Künstliche Intelligenz zu einer reinen Überwachungstechnologie – wir wollen keine Gesichtsscannung und auch kein „citizen score“ – ein Punktekonto für „gute Führung“.

Und auch den Weg der USA, die kein Interesse an Werten und an Datenschutz haben und sich nur am Markt ausrichten, wollen wir auch nicht gehen:

Wir brauchen hier **Künstliche Intelligenz, die auf der Grundlage europäischer Werte** entwickelt wird und zum Wohl von Mensch und Umwelt und Nachhaltigkeit eingesetzt werden. Nur auf europäischer Ebene können wir wirksam die Einhaltung hoher Standards sicherstellen.

Dafür muss ein wirksamer ethischer und rechtlicher Rahmen erarbeitet werden.

Deutschland muss den Anspruch haben, Vorreiter im Bereich transparenter und diskriminierungsfreier Algorithmen zu werden.

Und Entscheidungen über Leben und Tod dürfen nicht von einem Algorithmus getroffen werden. Es darf keine autonom entscheidende KI-Systeme im militärischen Kontext geben.

Aber bei all dem geht es auch darum, Digitalisierung zu verstehen und transparent zu machen – und das ist eine Frage der Aufklärung und Information – letztendlich der **Bildung**.

Google und YouTube sind für viele junge Menschen immer häufiger die primären Nachrichtenquellen. Die Nutzung von Internet und digitale Medien sind für sie selbstverständlich.

Dieser veränderten Form von Informationsgewinnung und Nachrichtenkompetenz müssen wir Rechnung tragen.

Deshalb ist die Verankerung von Medienbildung und der digitalen Bildung sowohl als Thema von Unterricht als auch als Instrument des Lehrens und Lernens an Schulen, Hochschulen und in der Erwachsenenbildung eine der großen bildungspolitischen Herausforderung unserer Zeit.

Wichtig ist hier für uns: Die Technik folgt der Pädagogik.

Es gibt eben nicht die Formel „Digital = gut“.

Mit dem aktuellen **Bildungsplan** wurde bereits eine wichtige Grundlage für unsere Schulen geschaffen. Die Leitperspektive Medienbildung schafft fächerübergreifend Möglichkeiten zur Einbindung von digitalen Inhalten

Es geht um Medienkompetenz und Medienbildung - mit dem Ziel Kinder und Jugendliche optimal auf das Leben und Arbeiten in einer digitalisierten Welt mit allen ihren Chancen, aber auch Risiken vorzubereiten.

Voraussetzung dafür sind gute pädagogische Konzepte für den Unterricht und entsprechend qualifizierte Lehrkräfte.

Und selbstverständlich braucht es die technischen Voraussetzungen und Ausstattung dafür in den allen Schulen.

In diesem Zusammenhang möchte ich das **Projekt # Respekt BW** – gegen Hass, Hetze und Fake News im Internet erwähnen, dass dieses Jahr gestartet ist.

Hier sollen vor allem junge Menschen für ein gutes gesellschaftliches Miteinander im Netz sensibilisiert und aktiviert werden – mit Infokampagne, Wettbewerb, Veranstaltungen und Workshops für Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern und entsprechendes Unterrichtsmaterial.

2014 nahm an der Hochschule der Medien Stuttgart das **Institut für Digitale Ethik** seine Arbeit auf. Hier wurden zB die 10 Gebote der Digitalen Ethik für Jugendliche zur Frage „Wie können wir im Web gut miteinander leben?“ (wie z.B. „Glaube nicht alles was Du online siehst und informiere Dich aus verschiedenen Quellen“) und auch „10 ethischen Leitlinien für die Digitalisierung von Unternehmen“ – wie z.B. Faires und gerechtes Arbeiten oder Chancengerechtigkeit und Fürsorge – erarbeitet.

Last but not least – haben wir in Baden-Württemberg eine landesweite und ressortübergreifende **Digitalisierungsstrategie** entwickelt. Bei deren Umsetzung ist die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürger eine sehr wichtige Aufgabe.

In den nächsten Jahren werden in diesem Rahmen mehr als 70 Projekte mit über 300 Millionen Euro in vielen Bereichen gefördert:

Aber das Zentrale dabei ist, dass bei allem, was wir auf den Weg bringen - wir müssen im Blick behalten, dass die neue Technik für die Menschen da ist - und nicht umgekehrt.